

Informationssicherheit zwischen Terrorbekämpfung und Datenschutz

Bei der zehnten Ausgabe der Berner Tagung für Informationssicherheit stand die Frage im Zentrum, wie viel Überwachung nötig ist, um unsere Freiheit zu gewährleisten, und wie viel Überwachung unsere Freiheit zerstört. *Jonas Grossniklaus*

Informationssicherheit ist ein Dauerbrenner und wird auch in Zukunft für viel Gesprächsstoff sorgen, beispielsweise wenn es um die Frage der allgemeinen Sicherheit – man denke an die Terrorabwehr – versus den Schutz der persönlichen Daten des Einzelnen geht. Dies ist das Fazit der 10. Berner Tagung für Informationssicherheit.

Eröffnet wurde die Tagung von einem Politiker, der sich schon länger mit der Thematik beschäftigt: Nach 1999, damals noch als Ständerat, sprach Hans-Rudolf Merz bereits zum zweiten Mal an der Tagung. Merz betonte, dass er vom fundamentalen Bürgerrecht ausgehe, in Ruhe gelassen zu werden. Dieses Recht würde durch die Informatik und Technik zunehmend ausgehebelt. Zudem seien die technischen Entwicklungen der Politik meist ein oder zwei Schritte voraus. Merz betonte jedoch auch, dass nicht alle Entwicklungen schlecht seien. So sei es positiv, dass es kaum noch einen Bundesparlamentarier gebe, der keine eigene Homepage habe. «Mit dem Internet wird die Kontrolle über die eigene Aussage behalten. Wir sind nicht mehr auf die Medien als alleinige Überträger der Information angewiesen», so der Vorsteher des eidgenössischen Finanzdepartements.

Blick in die Zukunft

Merz betonte zudem, dass selbst der Staat die neuen technischen Möglichkeiten nicht unbegrenzt nutzen darf, auch dieser müsse kritisch begleitet werden. Im Zusammenhang mit der Thematik der Terrorabwehr seien schwierige Abwägungen der Interessen vorzunehmen. Die Schweiz hätte dabei mit der Melde- und Analysestelle Informationssicherheit (Melani) einen im Ausland viel beachteten Ansatz hervorgebracht.

Als zweiter Referent zeichnete Hannes Lubich, Security Strategist bei BT, zuerst die Geschichte der Informationssicherheit nach, um aufgrund dieser einen Blick in die Zukunft zu werfen. So geht Lubich

davon aus, dass die Zukunft der IT-Sicherheit durch noch komplexere Systeme und Abhängigkeiten sowie durch die vollständige Mobilität und gegebenenfalls spontane Vernetzung von technischen Systemen gekennzeichnet sein werde. Dadurch komme es zu einem eigentlichen Wettrennen zwischen Angreifern und Verteidigern mit immensen Kostenfolgen. Jedoch seien der Kostenexplosion Grenzen gesetzt: Überschreiten die Kosten für die Datensicherung mittelfristig den Wert der zu sichernden Daten, erscheinen Investitionen fragwürdig. Demzufolge basiere die IT-Sicherheit der Zukunft auf einer ganzheitlichen und balancierten Betrachtung der IT-Risiken vom Design bis zum Betrieb über die gesamte Prozesskette hinweg. Damit würde die IT-Sicherheit zu einer von mehreren Teildisziplinen des unternehmerischen Risikomanagements und der Corporate Governance.

Virtuelle verdeckte Ermittlung

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde auf das bereits eingangs von Hans-Rudolf Merz dargestellte Spannungsfeld zwischen der Staatsaufgabe, für die Sicherheit der Bürger zu sorgen, und der Wahrung der Privatsphäre und der Grundrechte der Bürger eingegangen. Hier trafen mit Philipp Kronig, Leiter der nationalen Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internet-Kriminalität (Kobik) sowie Abteilungsleiter im Bundesamt für Polizei (Fedpol), und Amédéo Wermelinger, Datenschutzbeauftragter des Kantons Luzern aufeinander, Exponenten zweier von Hause aus unterschiedlicher Standpunkte.

Zuerst zeigte Kronig auf, dass ein rechtsfreier Raum in Form des Internets nur dazu führen würde, dass das staatliche Recht durch das Recht des Stärkeren abgelöst wird. Weiter hielt er fest, dass die IT-Ermittler zwar die nötigen Werkzeuge besäßen und entsprechend vernetzt seien, aber auch mit gewissen Problemen zu kämpfen hätten. So würde beispielsweise die Rechtsspre-



Sprach bereits zum zweiten Mal an der Berner Tagung für Informationssicherheit: Bundesrat Hans-Rudolf Merz

chung davon ausgehen, dass Kinder und Jugendliche von den Diskussionen eines Chats nur virtuell betroffen seien. Werden Kinder in einem Chat also belästigt, kann dies nicht gleich wie eine Belästigung im realen Leben geahndet werden. Auch dass Polizisten, die in einem Chat unter falschem Namen und mit falscher Altersangabe ermitteln, rechtlich wie verdeckte Ermittler behandelt werden, kritisierte der Fedpol-Zuständige für Informationssicherheit und Cyberkriminalität. Zum Abschluss seines Referates betonte Kronig jedoch auch, dass der Überwachung Grenzen gesetzt werden müssen. «Sicherheit bedingt Freiheit und somit auch Datenschutz», so Kronig. Der Überwachungsstaat ermögliche kein Wohlgefühl, darum gelte es eine Balance zwischen Überwachung und Datenschutz zu finden.

Wo ist der Floh?

Von der diametral entgegengesetzten Seite näherte sich Amédéo Wermelinger der Fragestellung. Während Kronig aufzeigte, was noch weiter möglich wäre, demonstrierte der Datenschützer, wo der Staat heute bereits zu weit gehe. Als Beispiel nannte er einen Fall, wo ein unbescholtener Bürger sich gegenüber der Bundesanwaltschaft rechtfertigen musste, weil er aus Versehen die

falsche Telefonnummer gewählt hatte und statt mit einem Kollegen mit einem Terroristen verbunden wurde. Wie die Bundesanwaltschaft auf ihn gestossen war, konnte man ihm dabei nicht mitteilen. Unter der Hand riet man ihm jedoch, auf die geplante USA-Reise zu verzichten.

Aufgrund solcher Beispiele sieht Wermelinger die Freiheit durch die technologische Entwicklung gefährdet. So bringe die technische Entwicklung eine Umkehr der Beweislast mit sich: Es muss nicht mehr die Schuld bewiesen werden, sondern der Bürger muss beweisen, dass er unschuldig ist und eben nur durch ein Missgeschick in diese Situation geraten ist. Auch überwache niemand die Überwacher. «Wenn Herr Kronig der Wachhund über unsere Freiheit ist, möchte ich der Floh sein, der ihn ab und zu zwischen seinen Rippen zwick», so Wermelinger. Weiter fehle die kritische Distanz zur Informationstechnologie: Alles, was möglich sei, werde sofort ohne Einschränkung umgesetzt. Würde mit Waffen oder Industrieanlagen gleich verfahren, wäre die Erde schon längst ein Flipperball im Universum. Zum Abschluss zitierte Wermelinger mahnend Benjamin Franklin: «Wer die Freiheit einschränkt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.»